

**50 Jahre Familienministerium in der  
Bundesrepublik Deutschland: Plädoyer für  
eine wissenschaftlich fundierte Familienpolitik:  
ergänzende Anmerkungen zum Beitrag von Max  
Wingen**

Schneewind, Klaus A.

Veröffentlichungsversion / Published Version  
Zeitschriftenartikel / journal article

**Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:**  
Verlag Barbara Budrich

**Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:**

Schneewind, K. A. (2003). 50 Jahre Familienministerium in der Bundesrepublik Deutschland: Plädoyer für eine wissenschaftlich fundierte Familienpolitik: ergänzende Anmerkungen zum Beitrag von Max Wingen. *Zeitschrift für Familienforschung*, 15(3), 309-314. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-283086>

**Nutzungsbedingungen:**

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

**Terms of use:**

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Klaus A. Schneewind

## 50 Jahre Familienministerium in der Bundesrepublik Deutschland: Plädoyer für eine wissenschaftlich fundierte Familienpolitik

Ergänzende Anmerkungen zum Beitrag von Max Wingen

Max Wingen hat mit seinen Anmerkungen zu 50 Jahren „Familienministerium“ nicht nur einen sach- und fachkundigen Einblick in dessen schwierige Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte gegeben. Er hat darüber hinaus mit seinen zehn Brennpunkten auch auf zentrale Themen der Familienpolitik hingewiesen, die seit der Gründung des Ministeriums nichts an Relevanz verloren haben, auch wenn sich die Akzentuierungen angesichts einer über die Jahrzehnte hinweg markanten Veränderung der Lebensformen von Familien und ihrer Rahmenbedingungen verschoben haben.

Ungeachtet dieser neuen Akzentsetzungen ist zunächst festzustellen, dass die Existenz eines Familienministeriums in Deutschland keine Selbstverständlichkeit ist. In manchen anderen Ländern sucht man vergeblich nach einem vergleichbaren Ministerium, das sich mit Familienfragen beschäftigt und im Regierungsorganigramm auf der gleichen Rangstufe steht wie etwa ein Finanz-, Wirtschafts-, Außen- oder Innenministerium. Dies trifft z.B. für die Niederlande zu, in denen die Adressaten politischen Handelns im Hinblick auf private Lebensverhältnisse vornehmlich Individuen und nicht etwa Familien sind – wie immer diese auch als soziale Gruppen besonderer Art definiert werden. Insofern war es eine weitsichtige Entscheidung, die Lebensverhältnisse von Familien zu einem eigenen Politikbereich zu machen und die dabei auftretenden Gestaltungsaufgaben in einem besonderen Ministerium zu bündeln – eine Entscheidung, die – wie Max Wingen eindrücklich nachzeichnet – in der damaligen politischen Führung beachtliche Kontroversen ausgelöst hat. Diese Kontroversen waren vor allem darauf zurückzuführen, dass Familienpolitik als Querschnittsaufgabe in viele andere Politikbereiche hineinragt (z.B. die Beschäftigungs-, Wohnungs-, Bildungs- oder Verkehrspolitik), wodurch von vornherein Spannungen und Kompetenzstreitigkeiten mit anderen Ministerien angelegt waren. Im Folgenden seien einige ergänzende Anmerkungen zu Max Wingens Beitrag hinzugefügt.

### 1. Aufgaben und Koordinierungsprobleme der Familienpolitik

Auf der Bundesebene lassen sich familienpolitische Aktivitäten vor allem vier Bereichen zuordnen (vgl. Dienel, 2002, S. 237). Erstens ist dies der rechtliche Bereich, der sich z.B. in der Familienrechts-, Eherechts- oder Sorgerechtsreform widerspiegelt. Ein zweiter Bereich hat monetäre Aspekte wie den Familienlasten- und Leistungsausgleich, finanzielle Transfers und Steuererleichterungen zum Ge-

genstand. Der dritte Bereich lässt sich unter dem Stichwort „Umwelt“ subsumieren und umfasst die Gestaltung spezieller Rahmenbedingungen von Familienleben wie Wohnung, Verkehr, Kinderbetreuung oder familienbezogene Beratungs- und Dienstleistungen. Ein vierter Bereich schließlich bezieht sich auf Aufgaben rund um das Thema Kommunikation, wobei es vor allem um die Beeinflussung der öffentlichen Meinung durch entsprechende Kampagnen (z.B. zur Vielfalt von Familienleben oder zur gewaltfreien Erziehung) geht.

Definiert man mit Max Wingen (1997, S. 19) Familienpolitik als „das bewusste und planvoll-ordnende, zielgerichtete und machtgestützte Einwirken von Trägern öffentlicher Verantwortung auf Struktur und Funktionen familialer Lebensgemeinschaften“, so wird zum einen die Querschnittaufgabe von Familienpolitik deutlich. Zum anderen wird aber auch erkennbar, dass das Bundesfamilienministerium nur einer von vielen Trägern „öffentlicher Verantwortung“ ist. Daneben gibt es auf der Ebene der Länder und Kommunen vielfältige Ansätze einer örtlichen und regionalen Familienpolitik (vgl. Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung, 1996). Darüber hinaus müssen mit der im Dezember 2000 verabschiedeten Charta der Grundrechte der Europäischen Union, in der es im Artikel 33 u.a. heißt, dass der rechtliche, wirtschaftliche und soziale Schutz der Familie zu gewährleisten sei, auch supranationale Aspekte der Familienpolitik berücksichtigt werden. Mit anderen Worten: neben dem Problem, dass Familienpolitik sich als ressortübergreifende Querschnittaufgabe präsentiert, besteht ein Koordinations- bzw. Integrationsproblem familienpolitischen Agierens über unterschiedliche Handlungsebenen.

## 2. Die Familienwissenschaften als Fundament einer rationalen Familienpolitik

Basierend auf dem Prinzip einer rationalen Gestaltung ihrer Aktivitäten bedarf die Familienpolitik einer Unterstützung durch die diversen Familienwissenschaften (z.B. Familiendemographie, Familiensoziologie, Familienrechtswissenschaft, Haushaltswissenschaft, Familienmedizin, Familienpsychologie). Hierzu hat sich das Familienministerium mehrere Instrumente geschaffen.

Zum einen ist dies der interdisziplinär zusammengesetzte Wissenschaftliche Beirat für Familienfragen, der sich als ein Gremium der Familienpolitikberatung versteht, das auf der Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse zu zentralen Themen der Politik mit familienpolitischer Relevanz Stellung nimmt und Empfehlungen zur Politikgestaltung ausspricht. Die letzten Gutachten und Stellungnahmen des Wissenschaftlichen Beirats für Familienfragen haben sich u.a. mit Themen wie der Stellung von Kindern und den Bedingungen ihres Aufwachsens in Deutschland (1998), Fragen der „Gerechtigkeit für Familien“ im Hinblick auf die finanzielle Basis von Familien (2001) oder der familien- und bildungspolitischen Bedeutung der PISA-Studie (2002) beschäftigt. Kurz vor der Fertigstellung sind zwei Gutachten, die das Spannungsfeld von Ausbildung und Familiengründung sowie die Stärkung familialer Beziehungs- und Erziehungskompetenzen zum Gegenstand haben.

Ein weiteres Instrument zur Beförderung einer rationalen Familienpolitik stützt sich auf Forschungsprojekte, die in einem nicht unerheblichen Umfang vom Fami-

lienministerium initiiert werden, um Hinweise für problemangemessenes politisches Handeln zu gewinnen. An erster Stelle sind hier die im eigenen Hause und z. T. in Kooperation mit anderen Institutionen erarbeiteten Berichte zur familiendemographischen Entwicklung im Lichte der amtlichen Statistik zu nennen, die sich – auch unter Berücksichtigung der Dokumentation von Wandlungsprozessen – mit den Lebensformen, Strukturen und der wirtschaftlichen Situation von Familien beschäftigen (Engstler & Menning, 2003). Darüber hinaus kann das Familienministerium auf die Surveyforschung des Deutschen Jugendinstituts zurückgreifen, das in diesem Jahr auf sein 40-jähriges Bestehen zurückblickt. Zunächst sind hier die repräsentativen Längsschnittstudien zu Familie, Jugend und Kindern zu nennen (Rathgeber, 2003). Dabei steht insbesondere der 1988 begonnene und 2000 in dritter Welle durchgeführte Familiensurvey mit einer Reihe von Zusatzuntersuchungen (z.B. zur Lebensführung alter Menschen oder zur Situation von Kindern nicht-ehelichen Lebensgemeinschaften) im Zentrum der familienpolitischen Sozialberichterstattung (Marbach, 2003).

Darüber hinaus initiiert und finanziert das Familienministerium im Rahmen seiner Ressortforschung eigene Forschungsprojekte, die u.a. auch der Evaluation familienpolitischer Innovationen dienen, wenn sie den Rang von Gesetzen erreicht haben. Dies gilt z.B. für die Begleitforschung zum 1986 eingeführten und seitdem mehrfach geänderten Bundeserziehungsgeldgesetz (Schneewind, Vaskovics et al., 1996) oder zur im Jahre 2000 erfolgten Änderung des § 1631, Absatz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuches, welche den Kindern ein Recht auf gewaltfreie Erziehung einräumt (Bussmann, 2003). Des Weiteren unterstützt das Familienministerium eine Reihe aktueller Forschungsprojekte, u.a. auch eine empirische Studie, die der Qualität und Stabilität von Ehen gewidmet ist (Lösel & Bender, 2003). Darüber hinaus fördert das Familienministerium auch konkrete Umsetzungsvorhaben. Hierzu gehört z.B. das Elterntrainings-Projekt des Deutschen Kinderschutzbundes „Starke Eltern – starke Kinder“ (Honkanen-Schoberth, 2003) oder – gemeinsam mit dem Bayerischen Staatsinstitut für Frühpädagogik – ein ständig aktualisiertes Online-Familienhandbuch (Fthenakis & Textor, [www.familienhandbuch.de](http://www.familienhandbuch.de)), in dem neben informativen Beiträgen und Tipps auch die Möglichkeit besteht, online auf Fragen rund um das Thema Familie, Partnerschaft, Erziehung etc. Expertenantworten zu bekommen.

Schließlich hat das Familienministerium im Jahre 2002 damit begonnen, einen Jungwissenschaftler-Preis für herausragende familienwissenschaftliche Forschungsarbeiten zu vergeben. Dieser Preis soll alle zwei Jahre vergeben werden und stellt somit einen besonderen Anreiz für eine verstärkte Förderung der wissenschaftlichen Basis einer rationalen Familienpolitik dar.

### 3. Zur Vision einer zukunftsorientierten und nachhaltigen Familienpolitik

Angesichts der hier nur ausschnittsweise dargestellten Aktivitäten des Familienministeriums stellt sich die Frage, ob damit nicht ohnehin genug für die Familien im Lande getan wird, zumal Deutschland, was die finanzielle Unterstützung von Fa-

milien anbelangt, im internationalen Vergleich zu den Ländern mit relativ hohen Einkommenstransfers zählt (Strohmeier, 2002). Dies allerdings besagt nicht, dass auch in Deutschland die relative finanzielle Deprivation von Eltern(teilen) mit Kindern im Vergleich zu Kinderlosen nach wie vor erheblich ist und sich über die Jahrzehnte kaum verändert hat. Insofern besteht durchaus auch im monetären Bereich ein unübersehbarer familienpolitischer Handlungsbedarf.

Freilich erschöpft sich das Spektrum familienpolitischer Interventionen, wenn es um die „Priorität für Familie“ (Lampert, 1996) geht, nicht nur in der Bereitstellung angemessener finanzieller Rahmenbedingungen. Vielmehr bedarf es eines umfassenden und vor allem nachhaltigen Politikkonzepts, das zum Ziel hat, das Leben in und mit Familien bejahenswert und zukunftsfähig macht. Dabei müssen auch die gewandelten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die gestiegenen beruflichen Integrationswünsche – vor allem von Frauen – und die veränderte demographische Situation in Deutschland sowie die auch im internationalen Vergleich bestehenden Defizite – vor allem in der Kinderbetreuung – berücksichtigt werden.

Im Prinzip sind die Probleme erkannt, wie die derzeit für Familienpolitik zuständige Ministerin Renate Schmidt (2003) in einem Beitrag zum familienpolitischen Profil der Reformen der Bundesregierung zum Ausdruck gebracht hat. Deutlich wird dies auch in einem vom Familienministerium in Auftrage gegebenen Gutachten mit dem Titel „Nachhaltige Familienpolitik im Interesse einer aktiven Bevölkerungsentwicklung“ (Rürup & Gruescu, 2003), dem eine von Max Wingen immer wieder geforderte bevölkerungspolitische Akzentsetzung in der Familienpolitik zu Grunde liegt (vgl. z.B. Wingen, 2001). Dieses Gutachten thematisiert die für Deutschland diagnostizierte Bevölkerungsschrumpfung vor allem im Hinblick auf ihre negativen Effekte für das wirtschaftliche Wachstum. Es wird daher als erforderlich angesehen, dass die Familienpolitik als zentrale Priorität ihres Handelns die Vereinbarkeit von Familie und Beruf setzt. Konkret gefordert werden in diesem Zusammenhang eine Reform der bezahlten Elternarbeit, der Ausbau von außerfamiliären Kinderbetreuungseinrichtungen und flankierende steuerpolitische Maßnahmen sowie die Sensibilisierung der Wirtschaft für eine familienfreundliche Personalpolitik, die nach einer aktuellen Prognos-Studie (2003) zu einer „win-win“- Situation im Sinne positiver Auswirkungen für Familien und Unternehmen führt.

Es kann jedoch letztlich nicht nur um eine quantitative Ausweitung der Bevölkerung gehen, sondern auch und in besonderem Maße um eine qualitative Dimension in dem Sinne, dass die nachwachsende Generation sich unter den Bedingungen einer möglichst optimalen Erziehung und Bildung entwickeln kann. Hierzu gehört als Voraussetzung für positive Elternschaft ebenso die Gewährleistung stabiler, verlässlicher und zufrieden stellender Paarbeziehungen wie die Stärkung der Beziehungs- und Erziehungskompetenzen von Eltern und all denjenigen, die im Erziehungs- und Bildungssystem Erziehungsaufgaben übernehmen. Die Jugendminister der Bundesländer haben im Mai 2003 in einer entsprechenden Erklärung nachdrücklich auf die individuelle, familiäre und gesamtgesellschaftliche Bedeutung einer Stärkung der elterlichen Erziehungskraft aufmerksam gemacht (Hötzel, 2003). Auch sei in diesem Zusammenhang noch einmal auf die Stellungnahme des Wissenschaftlichen Beirats für Familienfragen (2001) zur Familienrelevanz der

PISA-Studie sowie auf das im Frühjahr 2004 zur Veröffentlichung vorgesehene Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats für Familienfragen zur „Stärkung familialer Beziehungs- und Erziehungskompetenzen“ hingewiesen. Dabei sind ausdrücklich auch Erziehungspartnerschaften von Eltern mit andern Erziehungs- und Bildungsinstitutionen wie Kinderkrippe, Kindergarten, Schule, Berufsbildung, tertiäre Bildung mit eingeschlossen. Es ist zu hoffen, dass dieser Aspekt in dem Konzept einer nachhaltigen Familienpolitik das ihm gebührende Gewicht eingeräumt wird. Der Familienpolitik wird dabei mehr als bisher die Aufgabe zufallen, unter Einbeziehung aller gesellschaftlichen Einrichtungen – insbesondere auch der Wirtschaft und der Medien – Allianzen zu schmieden, die sich nachhaltig und verlässlich für die Entwicklung von Familien und ihrer Kinder einsetzen.

## Literatur

- Bussmann, K.-D (2003). Erste Auswirkungen des Gesetzes zur Ächtung der Gewalt in der Erziehung. IKK-Nachrichten, 1-2/2003, 1-4.
- Dienel, C. (2002). Familienpolitik. Eine praxisorientierte Gesamtdarstellung der Handlungsfelder und Probleme. Weinheim: Juventa.
- Engstler, H. & Menning, S (2003). Die Familie im Spiegel der amtlichen Statistik. Berlin: DruckVogt.
- Fthenakis, W.E. & Textor, M.R. (Hrsg.). Das Online-Familienhandbuch.  
[www.familienhandbuch.de](http://www.familienhandbuch.de)
- Hötzel, W. (2003). Eltern- und Familienbildung stärken – das Gebot der Stunde. Familienpolitische Informationen der EAF, 42 (5), 1-4.
- Honkanen-Schobert, P (2003). Starke Eltern brauchen starke Kinder. Berlin Urania Verlag.
- Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung (1996). Handbuch der örtlichen und regionalen Familienpolitik. Hannover: Eigenverlag.
- Lampert, H. (1996). Priorität für die Familie. Plädoyer für eine rationale Familienpolitik. Berlin: Duncker & Humblot.
- Lösel, F. & Bender, D. (2003). Risiko- und Schutzfaktoren der Qualität und Stabilität von Ehen. Unveröffentlichter Abschlussbericht. Erlangen: Institut für Psychologie und Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum der Universität Erlangen-Nürnberg.
- Marbach, H.J. (2003). Der Familiensurvey des DJI. Diskurs, 13 (1), 61-62.
- Prognos AG (2003). Betriebswirtschaftliche Effekte familienfreundlicher Maßnahmen. Köln.
- Rathgeber, R. (2003). Surveyforschung am DJI. Eine Spezialität des Hauses: Repräsentative Längsschnitte zu Familie, Jugend und Kindern. DJI Bulletin 64, 8-9.
- Rürup, B. & Gruescu, S. (2003). Nachhaltige Familienpolitik im Interesse einer aktiven Bevölkerungspolitik.  
<http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Internetredaktion/Pdf-Anlagen/nachhaltige-familienpolitik.property=pdf.pdf>
- Schmidt, R. (2003). Agenda 2010: Vorteil Familie: Das familienpolitische Profil der Reformen der Bundesregierung.  
<http://www.bmfsfj.de/Politikbereiche/familie.did=11468.html>
- Schneewind, K.A. & Vaskovics, L.A. et al. (1996). Optionen der Lebensgestaltung junger Ehen und Kinderwunsch. Endbericht. Stuttgart: Kohlhammer.
- Strohmeier, K.-P. (2002). Familienpolitik und Familienleben in Europa. In: J. Dobritz & J. Otto (Hrsg.), Familienpolitik und Familienstrukturen. Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung. Wiesbaden.

- Wingen, M. (1997). Familienpolitik. Stuttgart: Lucius & Lucius.
- Wingen, M. (2001). Notwendigkeit, Möglichkeiten und Grenzen einer bevölkerungsbewussten Familienpolitik. In: M. Wingen, Familienpolitische Denkanstöße. Graftschaft: Vektor-Verlag, 147-208.
- Wissenschaftlicher Beirat für Familienfragen (1998). Kinder und ihre Kindheit in Deutschland. Stuttgart: Kohlhammer.
- Wissenschaftlicher Beirat für Familienfragen (2001). Gerechtigkeit für Familien. Stuttgart: Kohlhammer.
- Wissenschaftlicher Beirat für Familienfragen (2002). Die bildungspolitische Bedeutung der Familie – Folgerungen aus der PISA-Studie. Stuttgart: Kohlhammer.

### **Anschrift des Autors**

Prof. Dr. Klaus A. Schneewind  
Department Psychologie  
Lehrstuhl Persönlichkeitspsychologie, Psychologische Diagnostik und  
Familienpsychologie  
Universität München  
Leopoldstraße 13  
D-80802 München

Email: [Schneewind@psy.uni-muenchen.de](mailto:Schneewind@psy.uni-muenchen.de)